

# ENTSCHLIESSUNGSAKTRAG

des Abgeordneten Van der Bellen, Freundinnen und Freunde

betreffend Versagen des Vertrauens gegenüber der Bundesregierung

eingebracht im Zuge der Debatte über Erklärung des Bundeskanzlers und des Vizekanzlers zur Regierungsumbildung

## Begründung

*"Das ist auf Dauer nicht tragfähig" [...] "Wir müssen uns fragen, mit wem wir in Zukunft noch etwas paktieren und ausmachen können."*

BM Pröll, 2.6. 2008, APA

*„Das Nichtdurchtragenkönnen von gemeinsam getroffenen Vereinbarungen wird zunehmend das Problem der Koalition.“*

BM Pröll, 2.6.2008, Der Standard

*„Offenbar läuft in der ÖVP alles auf mutwillig provozierte Neuwahlen hinaus. Wir haben keine Angst davor, wir bereiten uns auf Neuwahlen vor - wir sind gerüstet.“*

BM Faymann, 22.6.2008, Österreich

*"Wenn von Faymann nicht in den nächsten Tagen ein klares Bekenntnis zu Lösungen kommt, dann sehe ich das Ende gekommen."*

2. NR-Präsident Spindelegger, 23.6.2008, Der Standard

*"Das Ergebnis ist eine Doppelspitze ohne Führung, die Regierungsarbeit bleibt liegen. Das ist unerträglich und muss ein Ende haben."*

BM Pröll, 23.6.2008, Der Standard

*"Die Regierung ist durch die Krise der SPÖ absolut gelähmt"*

ÖVP-Generalsekretär Missethon, 25.6.2008, Der Standard

*"Nachdem der Ministerrat so etwas wie ein Wahlkampfaufakt war, ein inoffizieller", sei es derzeit schwer, mit Sachthemen durchzukommen. "So kann's nicht weitergehen. Das ist niemandem mehr zuzumuten."*

BM Bartenstein, 25.6.2008, Österreich

Frage: Glauben Sie, dass diese Regierung diese Messlatte (Anm. Steuerreform) überspringen kann? „Ich habe das Glauben, was die Regierung betrifft, verloren und ziehe das Wissen vor. Ich weiß zur Stunde nicht einmal, ob sie willens ist, ich weiß auch nicht, ob sie dazu in der Lage ist.“

LH Häupl, 27.6.2008, Kurier

*"Mit dieser SPÖ ist für wahr kein Staat mehr zu machen."*

BM Bartenstein, 27.6.2008, APA

*„Die SPÖ ist seit Wochen nur noch mit sich selbst beschäftigt. Die interne Situation ist ungeklärt, die Führungsfrage schwelt. Es herrscht Stillstand.....“*

Vizekanzler Molterer, 29.6.2008, Kleine Zeitung, auf die Frage ob die Regierung noch Handlungsfähig sei.

*„Ich rechne im Herbst mit Neuwahlen. Die ÖVP drängt ja darauf und arbeitet ja vollkommen in die Richtung.“*

Michael Häupl (SPÖ, 30.6.2008, ZIB 1)

*„Wir haben daher in den nächsten Jahren noch eine Reihe von Herausforderungen zu meistern, denn Stillstand bedeutet Rückschritt“.*

BK Gusenbauer, 30.6.2008, APA, zum Wirtschaftsbericht 2008

*„Bei vier minus.“*

BM Buchinger(SPO), 3.7.2008, in der ZIB 2 auf die Frage wie er das Koalitionsklima zwischen sehr gut und nicht genügend momentan einstufen würde.

\*\*\*

Es müssen nicht die unzähligen Zeitungskommentare, Leserbriefe der Bevölkerung oder Aussagen der Opposition bemüht werden, um den katastrophalen Zustand der SPÖ-ÖVP-Koalition zu beschreiben. Das besorgen die Regierungsparteien selbst sehr treffend, wie obige Zitate-Auswahl treffend belegt.

Stillstand regiert Österreich. Die SPÖ-ÖVP-Bundesregierung befindet sich seit ihrem Amtsantritt im Dauerstreit. Die schwere Koalitionskrise im März des Jahres wurde nur für wenige Wochen überwunden. "Ein Jahr der Arbeit" rief Bundeskanzler Gusenbauer damals aus, "wir haben die Zeichen der Zeit erkannt", assistierte damals Vizekanzler Molterer. Davon kann heute keine Rede mehr sein. Vom damals groß angekündigten 95-Punkte-Arbeitsprogramm wurde bis heute so gut wie nichts umgesetzt. SPÖ und ÖVP haben jetzt den absoluten Tiefpunkt ihrer Koalitions-Beziehung erreicht. Nichts geht mehr, es wird nur mehr gestritten: über Europa, Pensionsautomatik, Pflegegeld, Schadenersatzrecht, Vermögenszuwachssteuer, Integrationsmaßnahmen, Homo-Ehe, Gesundheitsreform, und und und. Vollkommener Stillstand, gegenseitige Lähmung, Dauerstreit und Handlungsunfähigkeit prägen das Bild der Koalition.

Die Bundesregierung hatte sich bei Ihrem Antritt im Jänner 2007 noch viel vorgenommen. Von großen Reformen war die Rede. So wollten SPÖ und ÖVP mit ihrer 2/3 Mehrheit im Nationalrat etwa eine große Verwaltungs- und Verfassungsreform zustande bringen. Doch dazu kam es nicht. Der Regierungsmotor stotterte bereits bei der Abfahrt und kam nie auf Touren. Einig war man sich nur bei proporzmaßigen Personalbesetzungen, große inhaltliche Würfe blieben dagegen völlig aus. Gegenseitige Blockade bei allen größeren Vorhaben prägte von Anfang an das Bild der Bundesregierung. So stellte Sozialminister Buchinger bereits am 30.6.2007 in einem Zeitungsinterview fest: „*Die Frage nach Neuwahlen ist eine Fragestellung, die nicht von der Hand zu weisen ist. Derzeit schaut es in der Koalition so aus, dass dahingewurschtelt und nicht an einem Strang gezogen wird.*“ Diese Diagnose des Sozialministers ist heute, rund ein Jahr später, zutreffender denn je.

Die Bundesregierung ist mit internen Querelen, mit unklaren Führungsstrukturen und einem aus populistischen Beweggründen vollzogenen europapolitischen Zick-Zack-Kurs so beschäftigt, dass sie gar nicht mehr in der Lage ist, sich den großen Herausforderungen und Zukunftsfragen Österreichs und Europas zu stellen, die einer dringenden Lösung bedürften.

Es gibt praktisch kein Thema mehr, über das zwischen SPÖ und ÖVP Einigkeit erzielt werden kann. Kurzfristig geht die nicht vorhandene Bundespolitik vielleicht niemandem ab. Doch mit jedem Monat, der vergeht, werden Weichen nicht gestellt: Bei Kindergärten, Schulen, Unis, bei der Frage der Entlastung des Mittelstands und der unteren Einkommen, bei der Gleichstellung von Frauen, beim Klimaschutz, beim Problem der hohen Energie- und Lebensmittelpreise, bei der Pflege, in der Gesundheitspolitik, bei der Mindestsicherung. Diese Probleme und Herausforderungen verschwinden nicht, nur weil die Regierung nicht arbeitet. Im Gegenteil, sie werden größer. Wertvolle Zeit wird auf verantwortungslose Art und Weise verschwendet. Auf der Strecke bleiben die BürgerInnen und Bürger, die diesem unwürdigen Schauspiel zuschauen müssen, deren Lebenssituation sich angesichts der Unfähigkeit der Regierung nicht verbessert, sondern verschlechtert.

## **15 große Herausforderungen für Österreich**

Österreich braucht eine handlungsfähige Regierung. Die Bevölkerung erwartet sich zu Recht Antworten und Lösungen bei zentralen Zukunftsfragen, wie etwa:

1. Maßnahmen gegen den Klimawandel - radikaler Umstieg auf erneuerbare Energien statt Abhängigkeit von teurem Öl und Gas
2. Budgetpolitische Priorität für Bildung und Ausbildung
3. Gleichberechtigung von Frauen, insbesondere auf dem Arbeitsmarkt
4. Dauerhafte soziale Absicherung für Alle (Mindestsicherung)
5. Ökologische und soziale Steuerreform - Steuersenkungen für alle, die das brauchen, anstatt Steuerzuckerl für 3000 Stiftungsmillionäre
6. Integration statt Abschottung – für ein weltoffenes Österreich
7. Stärkung der Bürgerrechte - Sicherheit ohne Überwachungsstaat
8. Verfassungsreform - einheitlicher Grundrechtskatalog
9. Verantwortungsvolle Mitwirkung bei der Weiterentwicklung der EU
10. Ausbau des öffentlichen Verkehrs
11. Leistbare Pflege für alle, die sie brauchen
12. Mehr Angebote in der Kinderbetreuung, Papa-Monat
13. Investitionen in die Zukunft – Forschung und Technologie
14. Gesundheitsreform – Absicherung des Gesundheitssystems ohne Leistungseinschränkung für die PatientInnen
15. Kampf gegen Neubau von Risiko-AKW an Österreichs Grenze

Bundeskanzler und Vizekanzler weisen eklatante Führungsschwächen auf. Sie sind nicht mehr in der Lage eine Regierung zu führen.

Verkehrsminister Faymann hat in der Verkehrspolitik versagt. Anstatt endlich das Angebot im Öffentlichen Verkehr zu verbessern und auszubauen, um hunderttausenden PendlerInnen aus der Ölpreisfalle zu helfen, werden weiterhin Milliarden in den Straßenbau gepumpt. Offensichtlich ist Faymann als Regierungskoordinator und neuerdings Doppelhälfte der SP-Spitze derart mit dem Regierungschaos beschäftigt, dass er als Verkehrsminister nicht mehr handlungsfähig ist.

Umweltminister Pröll setzt sein permanentes Versagen in der Klimapolitik ungebremst fort. Daran haben auch zwei Klimagipfel der Bundesregierung nichts

geändert. Daran wird auch das von ihm vorgelegte Klimaschutzgesetz nichts ändern, das nichts als eine zahnlose „Klimabuchhaltung“ ist, aber die fehlenden Maßnahmen nicht ersetzen kann. Österreich drohen milliardenschwere Strafzahlungen wegen der Verfehlung des Kyoto-Ziels.

Energie- und Wirtschaftsminister Bartenstein kämpft in Österreich und auf EU-Ebene gegen mehr Klimaschutz. Er hat ein Ökostromgesetz zu verantworten, das eine aufstrebende, innovative österreichische Ökoenergiebranche in den Ruin treibt und die Chance auf zehntausende Arbeitsplätze vernichtet.

Familienministerin Kdolsky hat in der Familienpolitik versagt. Beim Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtung wird Österreich das EU-Ziel (30% der 0 bis 3jährigen sollen bis 2010 einen Betreuungsplatz haben) meilenweit verfehlt. Statt durch eine Ausweitung der Öffnungszeiten von Kindergärten die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern ist es immer noch Realität, dass sehr viele Kindergärten in der Sommerzeit geschlossen werden. BM Kdolsky hat keine Maßnahmen gesetzt, um die hohe finanzielle Belastung von Familien zu senken, sie blockiert die Einführung eines Papa-Monat. Auch als Gesundheitsministerin hat Kdolsky in den letzten Monaten eine mehr als unglückliche Figur gemacht, wie das Scheitern der Gesundheitsreform derzeit eindrucksvoll zeigt.

Innenministerin Fekter will, wie schon ihr Vorgänger, BM Platter, den harten und unmenschlichen Kurs in Fragen der Integration und des Bleiberechts fortsetzen. Der Überwachungsstaat soll weiter ausgebaut werden. Ängste schüren, das Geschäft der FPÖ betreiben und Abschotten lautet die Devise. Es fehlt der Mut, Integration als Chance zu sehen und ein weltoffenes, menschenwürdiges und faires Integrationsprogramm umzusetzen.

Die neue Frauenministerin tritt ein schweres Erbe an, die bisherige Frauenministerin Bures hat ein in der Frauenpolitik keine Fortschritte erzielen können. Die Situation für Frauen in Österreich hat sich nicht verbessert. Es ist zu befürchten, dass auch in diesem wichtigen Politikfeld das Nichts-Tun fortgesetzt werden soll.

In seiner Regierungserklärung am 16.1.2007 sagte Bundeskanzler Gusenbauer: „Große Koalitionen sind nicht an sich gut oder schlecht. Es geht darum, was die beiden Partner leisten, wie sie miteinander umgehen, wie offen sie auch für Vorschläge und Initiativen der Opposition oder von außerhalb des Parlaments sind. Kurz: Es geht darum, ob die Gefahren schlagend werden oder ob die Chancen einer solchen Zusammenarbeit genutzt werden.“

Nach eineinhalb Jahren ist klar: Diese Bundesregierung hat ihre Chancen nicht genutzt. Es wäre verantwortungslos gegenüber den BürgerInnen, diesen Stillstand fortzusetzen. Diese Koalition ist am Ende. Neuwahlen sind der einzige Ausweg.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

## ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

*Der Nationalrat wolle beschließen:*

**„Der Bundesregierung wird im Sinne des Art. 74 B-VG das Vertrauen versagt.“**